

Prets für verstärkte Information der Bürger über die EU-Verfassung

APA422 5 AI 0480 II 06.Mai 05

Prets für verstärkte Information der Bürger über die EU-Verfassung
Utl.: EU-Abgeordnete sieht Europäisches Parlament und europäische Institutionen durch Verfassung gestärkt - Gegen Zeitdruck beim Beitritt von Rumänien und Bulgarien =

Eisenstadt (APA) - Verstärkte Anstrengungen zur Information der Bürger über die EU-Verfassung fordert die sozialdemokratische EU-Abgeordnete Christa Prets im Hinblick auf den "Europatag" am 9. Mai. Angesichts der Abstimmungen über die Verfassung durch Bevölkerung und Parlamente einzelner Mitgliedsländer - im österreichischen Parlament am 11. Mai - gehe es auch darum, "bewusst zu machen, worüber man abstimmt", sagte Prets bei einer Pressekonferenz am Freitag in Eisenstadt.

Persönlich werde ihr der Friedensaspekt der EU in allen Gesprächen über Europa zu wenig unterstrichen. Die Fragen lauteten immer nur: "Was gibt die Union? Was bringt die Union?" Sehr selten werde gesagt, was die Union bisher gebracht habe, nämlich 50 Jahre Frieden, so Prets. Zwar gebe es noch viele Fehler und Unebenheiten, die auszugleichen seien, "aber Tatsache ist, dass wir auf dem besten Weg sind." Die "so viel angezweifelte" große Erweiterungsrunde habe sehr viel Positives gebracht.

Im Hinblick auf die EU-Verfassung gebe es etwa Befürchtungen, dass Autonomie der Mitgliedsländer eingeschränkt wird, es zu mehr Bevormundung durch Brüssel kommen werde als bisher und dass man in ein Verteidigungssystem gezwungen werde, das der Neutralität zuwider sei. "All das gilt es, aufzuklären", so Prets.

Tatsache sei, dass durch die Verfassung das Europäische Parlament und die europäischen Institutionen gestärkt würden, meinte die Abgeordnete. Es werde "viel mehr Demokratie" geben, etwa durch eine Ausweitung des Mitspracherechtes für das Europäische Parlament von bisher 36 auf 86 Bereiche.

Besonders wichtig für die Bürger sei das ebenfalls in der Verfassung enthaltene Recht auf ein Europäisches Volksbegehren:
Wenn

eine Million europäischer Bürger zu einem bestimmten Thema einen Gesetzesentwurf der Kommission verlangen, habe die Brüsseler Behörde einen solchen auszuarbeiten. "Ich denke, dass das ein ganz deutlicher Schritt in Richtung mehr Demokratie ist", so Prets. Die Verfassung werde auch übersichtlicher: So würden etwa die bestehenden Verträge zusammengefasst und überschneidende Gesetze "in einen Guss" gebracht.

Die Erweiterung der EU um Rumänien und Bulgarien werde "sicher kommen", so Prets. Bei der Abstimmung im Europäischen Parlament habe

sie sich aber gegen den Beitritt 2007 ausgesprochen, weil sie glaube, dass beide Länder noch ein, zwei Jahre "Luft" bräuchten. Sie sei seit fünf Jahren in der Rumänien-Delegation des Europaparlaments: "Mein 'Nein' ist mir sehr schwer gefallen", beide Länder hätten enorme Anstrengungen unternommen und hätten einen ungeheuren Nachholbedarf.

Sie habe immer gesagt: "Warum unterwirft man sich diesem Zeitdruck?" Ein Beitritt 2008 würde der EU und Rumänien mehr Ruhe bringen. Sie sei aber "absolut dafür", dass beide EU-Mitgliedsländer werden.

Einen EU-Beitritt der Türkei lehne sie ab, erklärte Prets: "Ich halte das für eine absolute Überforderung der Europäischen Union." Sie sei für besondere bilaterale Beziehungen mit der Türkei. Dass die Türkei eine sehr wichtige Brückenfunktion habe, müsse nicht heißen, dass sie deshalb auch Mitglied der EU sein solle. Beunruhigen würden sie im Fall eines Beitritts auch die zukünftigen EU-Außengrenzen. Man sei dann an der Grenze zu den Nahost-Auseinandersetzungen: "Ich glaube, dazu sind wir einfach noch nicht reif und noch nicht stark genug."